zu denken. Es bedeutet nur, gegen eine bequeme und oberflächliche Auffassung der Entwicklung unserer Reichsfinanzen auftreten. Denn so eng Finanzwesen und Wirtschaft miteinander verbunden sein mögen, so tut der Finanzminister doch unrecht, eine Kritik an Maßnahmen, die nicht den strengen Grundsätzen entspricht, die für eine wirkliche Balancierung des Etats gefordert werden müssen, als Unkenrufe und als Zweckpessimismus zurückzuweisen. So einfach liegen die Dinge wahrhaftig nicht. Sonst müßte der Finanzminister der einzige Optimist und, wie wir gesehen haben, sogar die die Regierung stützenden Parteien, von den Sozialdemokraten über die Staatspartei bis zu der Volkspartei, schwärzeste Pessimisten sein, von der nationalen Opposition gar nicht zu reden. Im Gegenteil! Wir alle glauben daran, daß die deutsche Wirtschaft auch diese Krise überstehen wird. Sie hat schon schwereres überwunden: Revolution und Inflation. Und sie hat während des Krieges die größten Leistungen vollbracht. Wir sind keine Pessimisten hinsichtlich der Zukunft unseres Volkes, weil wir seinen schöpferischen Geist, der sich gerade in Zeiten der Not am fruchtbarsten erwiesen hat, nicht als erloschen betrachten. Aber wir lehnen es mit nahezu allen Richtungen, einschließlich der Brüningparteien, ab, daß unsere Finanzgebarung sich auf Berechnungen und Mutmaßungen aufbaut, die nicht stichhaltig sind und die auf Mißbrauch des gesunden Lebenswillens unseres Volkes hinauslaufen.

Wir sind mit Dietrich einer Meinung, daß neue Steuern untragbar sind und daß die Belebung der Wirtschaft Voraussetzung für unsere finanzielle Gesundung ist. Deshalb sind wir aber auch der Ansicht, daß eine scheinbare Balancierung des Etats die Gefahr neuer Steuern in sich birgt. Die Ausgleichung des Haushaltplans ist durch neue Abstriche von 300 Millionen möglich. Es kommt nur darauf an, sie jetzt bereits durchzuführen, bevor uns die Notwendigkeit dazu zwingt und ihre Wirkung untergeht. All unsere bisherigen Sparmaßnahmen haben darunter gelitten, daß sie zu spät kamen. Wollen wir es wenigstens diesmal umgekehrt halten. Um so besser, wenn die Belebung der Wirtschaft im neuen Etatsjahr erfolgt und infolgedessen an eine Abdeckung der aus den vergangenen Jahren mitgeschleppten Defizits gedacht werden kann. Die psychologisch vorteilhafte Auswirkung auf den Wirtschaftsauftrieb wird dann nicht ausbleiben. Vorläufig ist es jedenfalls echter und gesunder Optimismus, den Schwierigkeiten mutig ins Auge zu sehen, um sie zu meistern, statt fatalistisch die Rettung von einer von außen kommenden Besserung zu erwarten. Packe jeder an seiner Stelle an und kämpfe gegen die Krise, das muß auch für den Leiter unserer Finanzen gelten!

Der Riß in der Wirtschaftspartei

Berlin, 16. Jan. (Eig. Drahtm.) In einer Betrachtung zur Lage in der Wirtschaftspartei wird in der „Berliner Börsenzeitung" u. a. gesagt: Mit der persönlichen Abneigung gegen den Vorsitzenden Drewitz allein kann es nicht begründet werden, wenn die sächsische Wirtschaftspartei in Zukunft keine Parteibeiträge nach Berlin mehr abführen, an den Parteiausschußsitzungen nicht mehr teilnehmen will und die sächsischen Abgeordneten aus der wirtschaftsparteilichen Reichstagsfraktion ausscheiden. Maßgebend für diesen Beschluß ist vor allem der erzwungene Rücktritt Dr. Bredts, worin ein schwerer politischer Fehler gesehen wird, während andere nach der radikalen Seite ziehen. Daneben spielen auch persönliche Gründe, wie immer, eine nicht zu unterschätzende Rolle, zumal Sachsen nicht nur die Hochburg der Wirtschaftspartei ist, sondern dort auch die eigentlichen Parteigründer sitzen, die ihr Anrecht auf die höchsten Ehrenämter der Partei schon längst angemeldet haben. Wie weit der Riß durch die Wirtschaftspartei geht, läßt sich daran erkennen, daß die sächsischen Wirtschaftsparteiler bereits mit anderen Wahlkreisen Fühlung genommen haben und der Ueberzeugung sind, daß sie eine Mehrheit für ihr Vorgehen erhalten.

Wahlkreis Leipzig gegen Drewitz

Leipzig. Die Wahlkreisleitung Leipzig der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) teilt mit: In einer Versammlung in Jena hat der Reichstagsabgeordnete Drewitz ausgedrückt, die Zeitungsmeldungen über die Einmütigkeit der drei sächsischen Wahlkreise seien irrig, weil er bestimmt wisse, daß nur die Radikalen Ostsachsens gegen ihn seien und der Wahlkreis Leipzig geschlossen hinter ihm stehe. Demgegenüber erklärt der am 16. Januar versammelte Gesamtvorstand des Wahlkreises Leipzig, daß er nach wie vor einmütig hinter dem von der Landesleitung Sachsen veröffentlichten Beschluß steht, die Beziehungen zur Berliner Parteileitung abzubrechen.

Obermeister Kaiser legt seinen Sitz im Reichsparteivorstand nieder

Dresden, 16. Jan. Von der Geschäftsstelle Dresden des Wahlkreises Ostsachsen der Wirtschaftspartei wird mitgeteilt: Gemäß dem Beschluß der drei sächsischen Wahlkreise der Wirtschaftspartei, ihre Beziehungen zur Reichsparteileitung abzubrechen, hat gestern der sächsische Fraktionsvorsitzende, Landtagsabgeordneter Obermeister Kaiser (Dresden) seinen Sitz im Reichsparteivorstand der Wirtschaftspartei niedergelegt.

Aufruf der Deutschen Volkspartei zum Reichsgründungstag

Berlin, 16. Jan. Die „Nationalliberale Korrespondenz", der parteiamtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, veröffentlicht anläßlich des bevorstehenden Reichsgründungstages einen Aufruf des Führers der DVP., Abgeordneten Dingeldey, an die Mitglieder und Freunde der Partei, in dem es u. a. heißt: Der 18. Januar mahnt uns an die große geschichtliche Tat vor 60 Jahren, da sich der Traum von Jahrhunderten erfüllte und wieder ein einiges Deutsches Reich geschaffen wurde. Bismarck, der Schmied des Deutschen Reiches, hat es ausgesprochen, daß ihm bei seinem Werke unter allen Parteien ausschließlich die Nationalliberale Partei eine feste Stütze gewesen ist. Als die Nachfolgerin der Reichsgründungspartei hat so die Deutsche Volkspartei ein geschichtliches Recht, das 60jährige Bestehen des Reiches besonders zu feiern. Wir veranstalten daher überall Reichsgründungsfeiern, um die große Erinnerung an den 18. Januar 1871, fernab jeder Parteipolitik, würdig zu begehen. Möge dieser 18. Januar alle Deutschen zur Selbstbesinnung rufen und in ihren Herzen den Glauben an eine nationale Wiedererstarkung neu erwecken. — Der Aufruf schließt mit der Mahnung: Haltet und erneuert das Reich!

Preußenregierung und Reichsgründungsfeier

Berlin, 16. Jan. (Eigene Drahtmeldung.) Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im Preußischen Landtag eine Große Anfrage eingebracht, die sich mit der Haltung des preußischen Kultusministeriums zu den Reichsgründungsfeiern beschäftigt. Es wird darauf hingewiesen, daß der preußische Kultusminister es nicht für nötig hielt, Anweisungen zu geben, wie die preußischen Schulen des Reichsgründungstages in würdigen Formen gedenken sollen. Großer Teile der Bürgerschaft habe sich begreifliche Erregung bemächtigt, daß sich die preußische Unterrichtsverwaltung dadurch in unverkennbaren Gegensatz zu den Anordnungen und Absichten der Reichsregierung bringe. An das preußische Staatsministerium wird die Frage gerichtet, ob diese Haltung der preußischen Unterrichtsverwaltung gebilligt wird und gegebenenfalls, aus welchen Gründen heraus man sich so verhält.

Neue nationalsozialistische Fehdeerklärung an Gröner und Wirth

Berlin, 16. Jan. (Eigene Drahtmeldung.) Zur offiziellen Feier der 60. Wiederkehr des Reichsgründungstages hatte der Reichsminister wie allen Fraktionen so auch der nationalsozialistischen Eintrittskarten zugehen lassen. Diese Karten hat jetzt die nationalsozialistische Fraktion dem Reichsinnenminister wieder zurückgesandt. In dem Begleitschreiben werden als Gründe für das Verhalten der Nationalsozialisten angegeben: „Wir müssen es ablehnen, uns an einer Feier zu beteiligen, die von einem Kabinett ausgeht, dem zwei Minister angehören, gegen die den begründeten Vorwurf zu erheben wir uns gezwungen sahen, daß sie schuldhafterweise die Reichsverfassung verletzt haben, und von denen der eine sogar der eigentliche Träger der ganzen Veranstaltung ist. Es handelt sich, wie Sie wissen, um die Minister Gröner und Dr. Wirth. Unsere Anträge, diese Herren gemäß Artikel 59 der Reichsverfassung vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzuklagen, sind dem Reichstag schon vor längerer Zeit zugegangen. Gez. Stöhr, M. d. R.

Verordnung über die Preisbindung bei Markenartikeln

Berlin, 16. Jan. Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit: Die Reichsregierung hat eine Verordnung über Preisbindungen bei Markenartikeln erlassen, die im „Deutschen Reichsanzeiger" bekanntgemacht wird. Als Markenartikel gelten nach der Verordnung solche Waren, die entweder selbst oder deren Umhüllung oder Ausstattung mit einem ihre Herkunft kennzeichnenden Merkmal (Firma, Wort- oder Bildzeichen u. a.) versehen sind. Der Verkehr mit diesen Waren fällt aber nur dann unter die Verordnung, wenn der Lieferer dem Abnehmer durch Verpflichtungsscheine (Reserve), durch den Inhalt seiner Geschäftsbedingungen oder auf andere Weise verpflichtet hat, die Ware nur zu einem bestimmten Preise an den Verbraucher weiter zu veräußern. Diese Preisbindungen sollen nach dem Inhalt der Verordnung dann hinfällig sein, wenn der festgesetzte Preis gegenüber dem am 1. Juli 1930 geltenden Verbraucherpreise nicht um mindestens 10 v. H. ermäßigt ist. Einer Preisermäßigung würde es gleich zu achten sein, wenn unter Beibehaltung des am 1. Juli 1930 geltenden Nominalpreises eine entsprechend größere Menge der Waren geliefert wird. Dagegen würde eine Senkung des Nominalpreises unter gleichzeitiger Verschlechterung der Qualität oder Verringerung der Menge nicht als Preissenkung im Sinne der Verordnung gelten können. Solche Markenwaren, die am 1. Juli 1930 überhaupt noch nicht gehandelt wurden, fallen nicht unter die Verordnung.

Das Anwendungsgebiet der Verordnung ist sachlich auf preisgebundene Markenartikel bestimmter wichtiger Warengebiete beschränkt.

Diese sind, soweit Lebensmittel in Betracht kommen, in der Verordnung ausdrücklich genannt. Zum anderen werden sie in einer gleichzeitig mit der Verordnung ergehenden Bekanntmachung gruppenweise aufgeführt. Zur Abwendung unvorhergesehener erheblicher wirtschaftlicher Nachteile ist eine allerdings sehr eng gezogene Härtebestimmung aufgenommen.

Der Verwaltungsrat der Reichspost stimmt der Gebührensenkung zu

Berlin, 16. Jan. Der Verwaltungsrat der Reichspost hat beschlossen, die Vorschläge auf Herabsetzung gewisser Gebühren, die seit dem vorigen Monat vorliegen, anzunehmen. Diese Gebührensenkung, über die seinerzeit von uns ausführlich berichtet wurde, bezieht sich im wesentlichen auf die Drucksachen, Postwurfsendungen, Pakete, telegraphische Postanweisungen und Postschecks sowie auf dringende Telegramme und Ferngespräche.

Der Oberschlesienspruch ist verbindlich

Berlin, 16. Jan. In der Lohnstreitigkeit im oberschlesischen Steinkohlenbergbau hat der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch vom 13. Januar, der eine Ermäßigung der Tariflöhne um 6 v. H. vorschlägt, für verbindlich erklärt.

Skandal im Wuppertaler Stadtparlament

Wuppertal, 16. Jan. In der Wuppertaler Stadtverordnetenversammlung, die sich heute in einer erregten Sitzung mit der Frage der Einsetzung eines Staatskommissars befaßte, kam es zu einem Zwischenfall, der den Ausschluß eines Stadtverordneten für die gesamte Sitzungsperiode zur Folge hatte. Als ein kommunistischer Redner zum Steuerstreik aufforderte, ging ein anderer kommunistischer Abgeordneter zur Tribüne und setzte dem Vorsitzenden, Beigeordneten Bethen, einen alten Feuerwehrhelm auf den Kopf. Der Vorsitzende verfügte die Ausschließung des Kommunisten für die ganze Sitzungsperiode. Er wurde, da er den Saal nicht freiwillig verließ, durch Polizei entfernt.

Fahlbusch an Kohlenoxydgasvergiftung gestorben

Berlin, 16. Jan. Die Leiche des früheren Feldwebels August Fahlbusch wurde heute vor dem zuständigen Richter des Amtsgerichts Osterholz-Scharmbeck obduziert. Die Leichenöffnung wurde durch zwei Kreisärzte in Gegenwart des Ersten Staatsanwaltes von Wesermünde vorgenommen. Die Leiche wies keine äußeren Verletzungen auf. Die Obduktion hat völlig einwandfrei ergeben, daß der Tod durch Kohlenoxydgasvergiftung eingetreten ist, als Fahlbusch in der mit diesen Gasen angefüllten Kajüte eines Motorbootes übernachtet hatte.

Schnellbahn entgleist - Ein Wagen gespalten

Newyork, 16. Jan. Der erste Wagen eines überfüllten Zuges der Hudson-Manhattan-Untergrundbahn, die New Jersey mit Newyork verbindet, entgleiste an einer Weiche und fuhr in die Betonstahlwand des Tunnels hinein, wo er sich förmlich spaltete. Unter den Passagieren, die zu Boden geschleudert wurden, entstand eine große Panik. Alles drängte aus dem mit Rauch gefüllten Wagen zu den Türen. Neunzehn Passagiere wurden verletzt.

Wieder ein deutscher Friedhof geschändet

Polnischer Vandalismus

Stargard (Weichselkorridor), 16. Jan. Auf dem evangelischen Friedhof in Frankenfelde sind unglaubliche Verwüstungen angerichtet worden. Es wurden sämtliche Gedenktafeln zerschlagen, die Mauerpfeiler wurden umgebrochen, die Tore und Grabgitter gestohlen. Von sämtlichen Bäumen wurde die Rinde abgeschält, so daß die Bäume eingehen werden. Außerdem wurden einzelne Gräber beschmutzt. Es haben also wieder einmal Polen, wie schon sooft, ihr Mütchen an Gräbern von Deutschen gekühlt. Die Nachforschungen nach den Tätern waren, wie üblich, erfolglos.

Memorandum des Polenbundes an Brüning

Beuthen, 16. Jan. Wie der Krakauer „Illustrowenny Kurjer" meldet, hat der Polenbund an den Reichskanzler nach Berlin ein Memorandum abgesandt, das die angeblich tragische Lage der polnischen Minderheit zu schildern versucht. Das Memorandum, das in Abschrift auch dem Präsidenten der Gemischten Kommission überreicht worden ist, zählt insgesamt 16 angebliche „schwere Terrorakte" auf, die sich bei objektiver Prüfung als

harmlose Kindereien

herausstellen. Neben vier anonymen Drohbriefen werden fünf eingeschlagene Fensterscheiben registriert, bzw. die Einschlagung eines polnischen Transparentes. Weitere „Terrorakte" bestehen in einer Keilerei in einem Gasthaus, in der angeblichen Anpöbelung einer Polin auf der Straße und in der Weigerung eines Gastwirtes, seinen Saal für eine politische Veranstaltung herzugeben. Schließlich werden noch zwei Schlägereien erwähnt, die nach den amtlichen deutschen Untersuchungen keinerlei nationalpolitischen Hintergrund haben, sondern gewöhnliche Händel darstellen.

Es muß festgestellt werden, daß in allen diesen Fällen im Gegensatz zu den Terrorakten gegen deutsche Minderheitsangehörige in Ostoberschlesien die deutsche Staatsanwaltschaft sofort die Ermittelungen aufgenommen und die festgestellten Täter zur Rechenschaft gezogen hat,

während jenseits der Grenze die Behörde die Unruhestifter, wenn nicht materiell, so doch ideell unterstützt.

Wenn das Krakauer Blatt sich im übrigen darüber beschwert, daß Reichskanzler Dr. Brüning bei seiner Anwesenheit in Oppeln eine Delegation des Polenbundes in Deutschoberschlesien nicht empfing, so erklärt sich dies einfach daraus, daß ein solcher Wunsch von polnischer Seite überhaupt nicht bekannt geworden ist.

„Hitler vor den Toren"

Am Freitagabend sollte in der „Constantia"-Cotta für die Nationalsozialisten Dr. v. Leers über das Thema: „Hitler vor den Toren" sprechen. Da er jedoch auf der Herreise verunglückt war, sprach an seiner Stelle der Stadtverordnete Richter. Er ging aus von der Erwerbslosennot. Die Industrie sei nicht allein in der Lage, ein 60-Millionen-Volk zu ernähren, sondern man müsse das Leben der Nation durch die agrarische Urerzeugung und durch Raumpolitik sicherstellen. Daß dieser Gesichtspunkt schon vor dem Kriege vernachlässigt wurde, war die Ursache zu der Katastrophe von 1918. Man müsse eine Umsiedlung von der Großstadt auf das Land vornehmen; ohne diese Erkenntnis könne keine Notverordnung helfen und vor dem Bolschewismus retten. Das alte Bürgertum werde zerrieben werden zwischen dem Bolschewismus und dem Nationalsozialismus, weil es sich gebunden habe durch internationale Verträge an den internationalen Kapitalismus. Das Reich sei ohnmächtig nach außen und innerlich zerfallen, ohne Auftriebsmöglichkeit zu einer geordneten Staatsmacht. Die Entstehung dieser krankhaften und krisenhaften Zustände falle bereits in die Vorkriegszeit, wo man es nicht verstand, das Vertrauen des Volkes zu seiner Regierung zu stärken, wo man den wirtschaftlichen Export krampfhaft steigerte, aber die innere Kolonisierung, die Schaffung einer breiten Ernährungsbasis, vernachlässigte. Friedrich der Große sei es gewesen, der eine Raumpolitik im nationalsozialistischen Sinne getrieben hat, daher seine „Eroberungskriege", daher seine Abneigung gegen die „Manufakturen"! Der Weg des Nationalsozialismus sei klar vorgezeichnet und werde unbeirrt gegangen werden mit dem Ziele der wahren Volksgemeinschaft. Der marxistische Sozialismus sei innerlich antisozial; krassester Egoismus und Klassenkampf sei das Kennzeichen aller Parteien. Dieser Egoismus müsse gebrochen werden durch ein neues Besitzrecht; der Staat müsse sich die Oberhoheit und das Enteignungsrecht vorbehalten hinsichtlich des Volkseigentums, des Grundes und Bodens; der Gedanke dieses deutschen Bodenrechtes habe dem Nationalsozialismus die Feindschaft sowohl der Sozialisten, als auch der Bürgerlichen eingetragen. Kampf gegen den Bolschewismus sei zugleich Kampf gegen den überlebten Liberalismus. — Die Anwendung des § 48 sei das sicherste Zeichen dafür, daß „Hitler vor den Toren" stehe; denn wenn man einen Staat durch Zwangsmaßnahmen sichern müsse, sei sein Ende gekommen. Im nationalsozialistischen Staat werde der Marxismus automatisch und für immer erledigt sein durch das Bekenntnis zum wahren Sozialismus und durch die Durchführung der sozialen Maßnahmen. Das mühelose Einkommen müsse beseitigt werden nach dem Grundsatz: „Wer in Deutschland nicht arbeitet, soll auch nicht essen." Heute werde jedes Kapital und jedes Arbeitserträgnis vernichtet durch direkte und indirekte Steuern; die nationalsozialistische Gerechtigkeit werde nur eine Steuer, die indirekte Einkommensteuer, zulassen. Durch die Pflicht zur Arbeit würden die Arbeitslosenheere verschwinden, und dann werde es auch möglich sein, die äußeren Ketten abzuschütteln.

Ueberfall auf einen Schriftleiter

Oberstein, 16. Jan. Der Schriftleiter des sozialistischen „Nahetalboten", Josef Füllenbach, wurde, als er die Geschäftsräume verließ, von einem Nationalsozialisten, den er tags zuvor in seinem Blatte „Nazilouis" genannt hatte, angegriffen. Er wurde mit Kopfverletzungen, blutüberströmt, in seine Wohnung geschafft.

Gefängnis wegen eines Gummiknüppels

Berlin, 16. Jan. Der Bauschlosser Gustrow, der Mitglied der Bismarckjugend ist, wurde heute vom Schnellrichter zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei einen Gummiknüppel bei sich gehabt hatte.